V-11 Keine weitere Zusammenarbeit mit Signa in Berlin

Antragsteller*in: Julian Schwarze (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)
Tagesordnungspunkt: TOP 10 Weitere Anträge

Ob Insolvenzanträge, Korruptionsermittlungen, Milliardenverluste, Baustopps und drohende Bauruinen - die Entwicklungen rund um den Signa-Konzern und seine Tochterunternehmen in den letzten Wochen und Monaten zeigen einmal mehr, dass Signa kein verlässlicher Partner ist, weder im Bereich Stadtentwicklung, noch wenn es um Kaufhäuser und Einzelhandel geht.

Wir fordern, dass alle städtebaulichen Vorhaben, welche durch die Signa-Gruppe bzw. ihre Tochterunternehmen in Berlin in Planung bzw. Umsetzung sind, auf den Prüfstand gestellt werden und weitere Planungsschritte, die auf die Schaffung von Baurechten abzielen, ausgesetzt werden. Solch ein Moratorium zur Aussetzung der Planungen muss auch für die im Letter of Intent zwischen Signa und Land Berlin genannten Vorhaben gelten, insbesondere am Kurfürstendamm und Hermannplatz.

Die Kritik an der Verknüpfung von zeitlich begrenzten Zusagen für den Erhalt von Arbeitsplätzen mit städtebaulichen Planungsfestlegungen durch den Letter of Intent (LOI) zwischen dem Berliner Senat und Signa sowie der zum Konzern gehörenden Galeria Karstadt Kaufhof GmbH von 2020 war richtig und bestätigt sich durch die aktuellen Entwicklungen umso mehr.

Damals wie heute gilt: Es ist nicht im Interesse der Stadt und der Berliner*innen, Baurechte für Signa und seine Tochterunternehmen zu schaffen, um durch massive Bodenwertsteigerungen einem offensichtlich angeschlagenen Immobilienspekulanten zusätzliche Renditen zu

ermöglichen. Hinzu kommt, dass angesichts der berichteten finanziellen Probleme bei Signa
das Risiko von Bauruinen besteht. Der Baustopp des Hamburger Elbtowers aufgrund von
Zahlungsschwierigkeiten seitens Signa ist hier mahnendes Beispiel.

Es ist offensichtlich, dass der Signa-Konzern weitere Projekte verkaufen wird, um Umsätze zu
generieren. Der Verkauf des Hochhauses am Alexanderplatz wird kein Einzelfall bleiben.
Medienberichten zufolge musste alleine die Signa Prime Selection, die wichtige Bestandimmobilien des Signa-Imperiums umfasst, ihr Immobilienportfolio um mehr als eine
Milliarde Euro abwerten. Mittlerweile soll auch die Europäische Zentralbank (EZB) Geldhäuser
mit bestehenden Engagements bei Signa dazu gedrängt haben, diese Darlehen entweder zum Teil
abzuschreiben oder weitere Vorsorgen für potenzielle Verluste zu treffen.

Das Land Berlin darf diese Art von Geschäftsmodellen in der Immobilienbranche nicht weiter
unterstützen. Signa geht es um die Versilberung der eigenen Immobilienbestände und um eine
maximale Rendite. Dafür brauchen sie Baurecht. Stadtentwicklung darf sich aber nicht
abhängig machen von fragwürdigen Geschäftsmodellen - egal ob von Signa oder von anderen
Unternehmen. Der Senat muss nun alles tun, um einen möglichen Schaden von Berlin abzuwenden.

Unterstützer*innen

Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), André Schulze (KV Berlin-Neukölln), Martin Reents (KV Berlin-Kreisfrei), Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Antje Kapek (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Susanna Kahlefeld (KV Berlin-Neukölln), Sarah Jermutus (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Susanne Jahn (KV Berlin-Kreisfrei), Anne Geib de Gruttadanria (KV Berlin-Neukölln)